

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

14 (17.1.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85345](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85345)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Beste Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 2,00 Mk., durch die Post frei ins Haus 3,42 Mk.; zweimonatlich 2,00 Mk., durch die Post frei ins Haus 2,80 Mk.; einmonatlich 1,00 Mk., durch die Post frei ins Haus 1,14 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Ausnahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beiliegend.)

Nr. 14. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | **Beitrag, Donnerstag, 17. Januar 1918.** | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: | 85. Jahrgang
Postfachkonto: Hannover 7908. | W. Karelmann, Köpferstr. 51, Fernspr. 1032. |

Die Friedensverhandlungen.

Die Verhandlungen mit den Russen.

WTB. Bresl.-Witostk, 16. Jan. Am 14. Jan., 5 Uhr nachm., hielt die Kommission zur Beratung der Territorien ihre vierte Sitzung ab. Der Staatssekretär v. Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formulierter Form zu beantworten. Er halte aber die Arbeit für außerordentlich zeitrauend und wenig fördernd. Es würde sich empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu betrauen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen, und falls dies nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte feststellen.

Antwort der Verbündeten auf die russischen Vorschläge.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Verlesung, in der es heißt: Die russischen Vorschläge betreffen die besetzten Gebiete, weichen demgegenüber von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar betrachtet werden können. Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen sich als eine einseitige russische Forderung dar. Trotzdem sind die deutsche und die österreich-ungarische Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, damit das von ihnen angestrebte Kompromiß-Ausmaß auf Verwirklichung hinführen können. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aus neuer, doch für die Ansicht hin, die verfassungsmäßig zustande gekommene Organe in den Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszusprechen.

Von großer Bedeutung ist das Urteil des obersten Gerichtshofes in Washington im Jahre 1808, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten für voll und ganz bestehend angesehen werden müssen vom Tage ihrer Verhängung ab, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Verträge von 1782. Die verbündeten Delegationen nehmen von der Erklärung Kenntnis, daß die russische Regierung aus der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgend welche staatsrechtlichen Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferte, ebenso davon, daß die russische Regierung die Grundbesitzer der Verhandlungen nicht darin fest, um in irgend welcher Weise das weitere vorauszusetzen. Die Verbündeten der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen. In diesem Zusammenhang sei die Frage aufgeworfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherheit der wirtschaftlichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zu einem äußeren Ende, unter Umständen zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, Übergangsregime und Form der Willensäußerung der vier Punkte, über die geklärt werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehende Nationen und nicht auch Teile von Nationen zu, entspricht nicht in jeder Aufassung in Kurand, Estland und Polen bilden auch historisch genommen politische Einheiten. Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, die von ihnen besetzten Gebiete mit einzuverleiben oder die französischen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und müssen sich mit den Willensäußerungen der besetzten Gebiete wegen Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu 2. Die Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, je doch kann angestrebt werden, die Truppen —

falls die militärischen Umstände es gestatten — auf diejenigen Teile zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe unbedingt nötig sind. Die Wahrung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der Exulanten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Zeit zu Zeit zugesichert. Diese Frage kann einer besonderen Kommission überwiegen werden.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll aber den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschläge über die staatliche Zugehörigkeit der besetzten Gebiete gutheiße. Eine einstimmige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch die von der Regierung der Volkskommission anerkannten Staatsgebilde, wie z. B. die Ukraine und Finnland, sind nicht im Wege eines Referendums ersucht. Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußersten Rahmen innerhalb dessen die verbündeten Regierungen eine Verständigung noch erproben können. Diese Verständigung ist nur möglich, wenn die Russen den ernstesten Willen zeigen, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Konflikte festhalten.

Trochitz Antwort.

Hierauf ergriff Trochitz das Wort und erklärte er hoffe, daß die eben verlesene Antwortnote der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwächen beseitigt habe, die durch die Reden des Generals Hoffmann entstanden wären. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle anders Denkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die deutsche Regierung auf die Macht setze. Er müsse aber auf das entscheidende dagegen protestieren, daß seine Regierung jeden anders Denkenden für vogelfrei erkläre. Was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen mit der russischen Regierung abstoße, die die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie nicht zurück zu treten lasse. So hätten er und seine politischen Freunde, als die russische Regierung verurteilt habe, auf russischen Gebiet Gewaltverbrechen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuhängen, der Petersburger Regierung vorgehalten, den rumänischen Gesandten, sein Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärkommission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei. Anschließend daran führte Herr Trochitz u. a. aus: Die beiden Beispiele, die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik. Der weißrussische Kongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der weiß-russischen Agrarier u. diese hatten verübt, sich alle derartigen Stützpunkte zu bemächtigen, die das Eigentum des weiß-russischen Volkes sein müssen. Wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rühren diese Widerstände von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Weißrussen und Kleinfürsten vertreten waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmungsrecht bekräftigen.

Herr Trochitz kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete erfolgen sollen ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Der oberste amerikanische Gerichtshof habe seine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es nötig gewesen sei oder nicht. Was die Form der Verhandlungen anbelange, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand des Ver-

ungerschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welcher Quelle die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren. Aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der konkreten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas repräsentativ interpretierte. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

Weitere Debatte zwischen v. Kühlmann und Trochitz.

Hierauf ergriff Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und führte u. a. aus: Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich wie für Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf die Angelegenheiten zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Redner vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichstanzler, der einzig verantwortliche Reichsminister, verleihe auf dem Gesamtgebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit Herrn General Hoffmann befinde, selbstverständlich, daß zwischen unserer Auffassung keine erhebliche Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandensein einer Revolution gegen Theorien erst einen luftleeren Raum zu schaffen. Ueberrasscht hat mich die geringfügig abgegebene Bewertung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trochitz. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von dem Schluß der Auslassungen des Herrn Redners, daß er und seine Delegation unumkehrbar gewonnen sind, in die wirkliche Distinktion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch ausgehen werden muß.

Herr Trochitz erklärte hierauf, seines Erachtens könne jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden sind, übergegangen werden. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorstehers beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen luftleeren Raum zurücklassen werde. Soweit es sich um technische Schwierigkeiten handle, wie das Festhalten von eigenen Eisenbahnen, Post usw., so kann man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber weist Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch Gründe der Sicherheit in den betragenden eine sehr wichtige Rolle spielen. Sodann beantragt Herr v. Kühlmann, über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen Punkte in geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem Herr Trochitz sich diesem Vorschlag angeschlossen hat, wird die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Werden die russischen Vertreter nachgeben?

Stockholm, 15. Dez. Der gut unterrichtete, nationalisierende Streifen nachstehende Petersburger Korrespondent des Südschwedischen Blattes erzählt, daß die bolschewistische Regierung auf die Forderungen der Zentralmächte eingehen wird.

Die serbische Friedensbereitschaft.

Wien, 16. Jan. Nach dem Blatt Hrvatska sind auch die Serben in Saloniki entschlossen, zu Friedensverhandlungen zu kommen.

Der Kampf gegen Italien. Der österreichische Tagesbericht.

WTB. Wien, 16. Jan. Amlich wird verlautbart: Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col del Rosso abgewiesen. Deshid der Brenta legte der Italiener seine

vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westbange des Monte Pertica stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Linien. Jedemal brach sein Ansturm bereits in unserer Artillerie- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Verlusten zusammen. Endlich des Fontana Secca wurden feindliche Angriffsvorposten im Keime erstickt.

An der unteren Piave vielfach lebhaft Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 16. Jan., abends. Amlich. Am Westbange des Monte Pertica feierten gestern nachmittag mehrere Angriffe der Italiener. Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Krieg auf den Meeren.

Ein Flottenvorstoß gegen die englische Küste.

tu. Berlin, 16. Jan. (Amlich.) Am 14. bis 15. Januar unternahm leichte deutsche Geeskreuzer einen Streifzug durch die südl. Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorzogen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamen Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der englische Bericht.

Rosfordam, 16. Jan. Meist amlich aus London: Varmouth wurde am Montag abend zwischen 10,55 und 11 Uhr von See aus beschossen. 20 Granaten fielen auf die Stadt. 3 Menschen wurden getötet, 20 verwundet. Der Sachschaden ist nicht groß.

Frankreich.

Entschlüsse in der Caillaux-Affäre.

WTB. Rom, 16. Jan. Agencia Stefani. Das „Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geschehene, das Caillaux seit 1914 in Florenz, unter dem Namen Madame Monaca, den Namen seiner Frau, behält, ist letzte Woche geoffen worden. Es enthält ersten Schmutzreden im Werte von einer halben Million, zweitens russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von einundzwanzig Millionen und drittens drei politische Aktenmappen. Die erste Mappe enthält unter dem Titel „Meine Anekdoten“ Briefe, die zwischen Caillaux und einigen führenden Persönlichkeiten gewechselt sind, die ihn bringen um Geld und Pässe haben, um nach Frankreich gehen zu können. Caillaux lehnte beständig ab. Die zweite Aktenmappe enthält Briefe mehrerer französischer Zeitungsjournalisten, besonders Amercedas. In all diesen Papieren findet sich keinerlei Anspielung auf italienische Angelegenheiten. Die dritte Aktenmappe ist die umfangreichste, die wichtigsten und eindringlichsten und unterzeichnet ist und das in Frankreich veröffentlicht werden sollte, wenn er — wie er hoffte — zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Virentat gegen den Staat dargestellt haben. Es wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen, eine Umwälzung und Umgestaltung der öffentlichen Gedanken und Konter.

Caillaux gibt die Namen der Depulierten, Senatoren und Generale an, die er als seine Mitarbeiter zur Verwirklichung seines Vorhabens in sein Ministerium berufen haben würde. Caillaux würde die Verhaftung Bonicars und anderer berufen, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener ersten Zeit leiteten, mit Einschluß Branda angeordnet haben. Dieses Programm sah die Schaffung neuer Staatsorgane vor, während der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarraill unterwarf und zwei Sonderregimenten, von kirchlichen Soldaten gebildet, nach Paris berufen werden sollten mit ihren Generalen, die Caillaux als ihm ergebenen Freunde betrachtete. Er hätte dann durch die Kammer das Projekt genehmigen lassen, das Caillaux den Ministern

nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen Staatsstreich. Hammer und Senet würden aufgelöst werden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich die äußersten Anstrengungen zu machen gehabt, um legend einen Sieg an der Front und einen diplomatischen Sieg davonzutragen, um als Folge dieses Sieges in Vorkriegsform einen Friedensvertrag mit den Friedensverträgen unterbreiten zu können. Die neue Regierungsform Frankreichs wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden gewesen, wenn die republikanische Staatsform gewahrt worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Senat mehr eingeschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Im übrigen würde der Senat ausgetilgt sein mit Nachbegründung, die von den gegenwärtigen sehr verschieden gewesen wären. Dieser phantastische Plan enthält dann noch Einzelheiten über die Zusammenfassung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung, die über die diplomatischen Vertreter in Auslands, die sämtlich gewechselt worden wären. Der frühere Minister Delmas wäre zum Vizepräsidenten ernannt worden. Die Nachforschungen sind im Auftrage der Untersuchungskommission der Justizschöheren in Frankreich allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

Eine weitere Verhaftung.

WTB. Paris, 16. Jan. (Agence Havas.) Comby, der in die Angelegenheit Gallucci verwickelt ist, ist Dienstag abend verhaftet und in das Gefängnis La Santé übergeführt worden.

Renaudels Kampf gegen Clemenceau.

In Genf, 16. Jan. Der Widerstand der französischen Sozialisten gegen Clemenceau verschärfte sich zusehends. Renaudel ist zu einem bisher bei ihm nicht üblichen Angriffen übergegangen. Der Widerstand, der sich gegen eine gemeinschaftliche Revision und Neuverpflichtung der Kriegsschuld geltend machte, konnte von keinem anderen als Clemenceau selber, und zwar soll Clemenceau mit Wilson und Lloyd George vollkommen uneinig sein, weil er nichts von einer Verabredung wissen wollte und nur den Sieg im Auge habe. Deshalb schloß Clemenceau so bestrickt. Das könne aber nicht richtig sein, denn Einzelheiten im Standpunkt aller Entente-mächte, ganz besonders von England, Frankreich und Amerika sei in dieser frühesten Zeit notwendiger als je zuvor.

Wirtschaftsfragen.

WTB. Bern, 16. Jan. (Neuer Bär) melden, daß von gestern ab infolge Kapitalmangels eine weitere Anzahl von Personenzügen in Südschweiz unternommen werde. Ferner werden die Schnellzüge Paris-Brüssel vom 15. Januar ab nur noch dreimal wöchentlich verkehren.

England.

Was der englische Arbeitsminister ausplaudert!

Sang, 15. Jan. Neuer meldet aus London: Der Arbeitsminister Barnes hat zu Dundee eine Rede gehalten über die Kriegsschuld Englands, worin er u. a. sagte: Um einen Frieden auf dauernder, fester Grundlage herbeizuführen, muß man einschließen die Last des Krieges auf die Sanktionen nehmen, immer in dem Bewußtsein, daß die Verschuldung des künftigen Friedens davon abhängen wird, wie man Verhandlungsschlüsse die stärkste Partei sein wird. Alle unsere Heere sind bis heute unbesiegt und werden es auch, wie ich annehme, in Zukunft bleiben. Was die Wirtschaftspolitik der Verbündeten anbetrifft, so sind sie zurzeit mit der Ausarbeitung einer Offensiv- und Wirtschaftspolitik in einem Gebiet beschäftigt. Je länger der Krieg dauert, desto härter werden die Verbündeten, was ihre Wirtschaftspolitik angeht, das heißt: (1) Wir werden unsere ganze Macht anwenden, um Deutschland die für uns günstigen Bedingungen aufzuzwingen. Wenn der Krieg bald zu Ende geht, ist es möglich, daß wir Deutschland noch inmitten der Wirtschaftskrise retten werden. (2) herausgestellt, daß es sich angeht, darin besteht: Die Zeit, während der wir in den Krieg gegangen sind, wird nach nicht erwidert. Belgien muß gerettet werden, Deutschland muß hinausgeworfen werden und muß besiegen. Das ist die erste Bedingung. Aber Belgien ist nur eine Bedingung; auch Armenien, Palästina und Mesopotamien spielen eine große Rolle.

Englische Truppenbeförderung auf Casarett-Schiffen.

In Basel, 16. Jan. Einem Brief aus England zufolge hat die Schwester Macd Cheel March vor einer Verankerung des Kriegsschiffes in Bortsmouth erklärt, sie wisse und könne beweisen, daß die englischen Casarett-Schiffe Truppen befördern. Wegen dieser Äußerung wurde die Schwester wegen Gefährdung öffentlicher Interessen zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Statten.

Der verräterische Vertreter.

In Luzern, 16. Jan. Die offizielle italienische Telegraphen-Agentur Wolfa hat eine Rundfrage der maßgebenden Politiker ange stellt, um ihre Ansicht über die Reden Lloyd Georges und Wilson zu erfahren. In dem Bericht heißt es, daß überall die schwerste Besorgnis zutage getreten sei. Statten befände sich wieder in einer fürchterlichen schweren Schicksalsstunde, weil die Minister ihre Verpflichtungen, die Statten zum Eintritt in den Weltkrieg bezogen, nicht eingehalten hätten.

men. Die innere wie die äußere Lage Italiens erzeuge deshalb sehr gefährdet. Italien habe ein Recht darauf, zu wissen, daß seine ungeheuren Opfer nicht nur gegenwärtig anerkannt würden, sondern daß die ganze Genette ihre vor dem Kriege mit Italien eingegangenen Verträge als eine heilige, unüberwindbare Sache betrachte.

WTB. Bern, 15. Jan. Die „Corriere della Sera“ mitteilt, wurde im gestrigen italienischen Ministerium grundsätzlich vereinbart, daß Orlando hauptsächlich noch vor der Kammer-Eröffnung, ähnlich wie Wilson, Lloyd George und Pichon, eine Rede halten werde, um den Standpunkt Italiens zu der Friedensfrage festzulegen. Es ist jedoch verstanden, daß die Kriegsfrage im wesentlichen unberührt bleiben. Der Ministerrat soll auch einen vorzeitigen Zusammentritt der Kammer erörtern, jedoch abgelehnt haben, da Orlando bereits für die Teilnahme an der Pariser Konferenz verpflichtet sei.

Der römische Korrespondent der „Stampa“ berichtet, der Hauptweg der Pariser Konferenz sei die Wegnahme einer im einzelnen gegebenen Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten und die Wegnahme eines gemeinsamen, die gesamten Forderungen enthaltenden Dokuments. Die italienische Regierung habe einem bezeichnenden einseitigen Dokument zugestimmt. Nach „Giornale d'Italia“ bezeichnet ein derartiges Dokument als einseitig und unabschließend, hält es aber für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Hauptpunkte des demokratischen Friedens durch keinerlei Veränderungen erfahren würden. An erster Stelle würden die Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschland und die Italiens gegenüber Österreich-Ungarn stehen bleiben.

Zur Lage in Russland.

Ein offener Brief Lenins.

Die Genfer „Nation“ bringt in Nr. 31 einen offenen Brief Lenins an Hermann Fernau, den Herausgeber der freien Zeitung. Wir entnehmen der bedeutsamen Auslassung des Maximalistenführers folgende Sätze: „In einem offenen Brief des Genfer Journals vom 18. Dezember wollen Sie Widersprüche finden zwischen dem Aufruf der Kommunisten des russischen Volkes an die Arbeitermassen der kriegsführenden Staaten und ihren Verhandlungen mit den deutschen und österreichischen Regierungen oder Militärbehörden. Sie erläutern unseren Satz: Wir befragen die Völker usw.“ dahin, daß er bedeute: wir müssen jede Antwort ablehnen, von Seiten nicht durch das Volk ernannter oder ermächtiger Monarchen, Minister und Diplomaten. Sie belehren mich, es sei nicht das deutsche Volk, sondern sein Kaiser, der über Krieg und Frieden entscheide, das deutsche Volk müsse in solchen Dingen nicht mit. Das alles verstehe ich schon. Sie wußte auch, daß dies in sämtlichen kriegsführenden Ländern ebenso ist. Es kommt wohl darauf an, ob es dort ein Scheinbild von Wahlen, parlamentarischer Kontrolle usw. gibt oder nicht. Lord Bryce, der sich ausstern muß, schrieb, daß in England, dem Mutterland aller Parlamente, die Gefühle des Volkes in Wirklichkeit von einem Duzend unversorgter Regionen gelenkt werden. Das rein monarchische Regiment hat wenigstens den Vorzug der Offenheit. Die Völker antworten uns nicht, weil ihre Regierungen, monarchische oder schein-demokratische, sie nicht zu Wort kommen lassen. Wir wollen unser Volk retten, welches den Frieden unbedingt nötig hat. Sollen wir, wenn die anderen Völker sich noch weiterhin abschlagen lassen wollen, daselbst tun aus Solidaritätsgesühl? Sollen wir die Lasten ins Auge? Wir brauchen vor allem den Frieden. Wir haben alle Welt eingeladen, ihn zu schließen. Zwei Regierungen gehen darauf ein. Glauben Sie, daß das gegen den Wunsch ihrer Völker ist? Und wenn die anderen Regierungen nichts davon hören wollen, was können wir dabei tun? Sie aufordern, ihre Völker zu fragen oder zur Leitung ihrer eigenen Geschichte einzuladen? Das haben wir ja bereits getan. ... Was den Krieg angeht, die diplomatischen Verhandlungen, die schein-demokratische Diktatur: Sie freiten sich, so heißt's, um Freiheitsrechte; Genu behält, Lind's Rechte gegen Rechte, sagt der große Goethe. Wir haben genug und zieht uns zurück. Und andere werden es machen wie wir, allmählich, einer nach dem anderen: Rumänien, Portugal, wer dann? ...“

Die rumänischen Regierungsbureaus obdajlos.

Basel, 16. Jan. „Dahs Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die russischen Behörden haben den in Sibirien errichteten rumänischen Regierungsbureaus die Kündigung zum 31. Januar ange stellt. In diesem Zuge haben die letzten im Ausland installierten rumänischen Regierungsbureaus das russische Staatsgebiet zu verlassen.

Neue Beschlagnahme.

WTB. Berlin, 16. Jan. Der „Voss. Ztg.“ zufolge Beschlagnahme die russische Regierung den Betrieb der Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung und erklärte ihn als Staats-eigenum.

Ein französisches Darlehen an die Ukraine.

Zürich, 16. Jan. Nach einer Meldung der Times aus Djeffa hat Frankreich der Ukraine zwei Millionen Rubel in Gold geliehen. Ferner werden ukrainische Banknoten in der französischen Münze hergestellt.

Wiederfreilassung des rumänischen Gefangenen?

Amsterdam, 15. Dez. Wie Reuters aus Petersburg gemeldet, ist der rumänische Gesandte gegenwärtig wieder in Freiheit gesetzt worden.

Finnland gibt die Alandsinseln nicht an Schweden zurück!

WTB. Berlin, 16. Jan. Das Berl. Tagebl. meldet aus Basel: Senator Einhiufund, der zum Präsidenten der finnländischen Republik ernannt wurde, erklärte, Finnland werde die Alandsinseln niemals an Schweden zurückgeben.

Trozkis gegen Lenin.

In Stockholm, 16. Jan. Nach Petersburger Meldungen ist der Riv, der sich schon seit einiger Zeit innerhalb des Bolschewikparties beherbergt gemacht hat, nunmehr so gut wie unüberwindlich geworden. In eingeweihten Kreisen wußte man schon lange, daß Lenin unzufrieden ist sowohl mit Trozkis Einfluß als mit Trozkis Ansichten und so ist schließlich zwischen beiden eine Spaltung eingetreten, die ein weiteres Zusammenarbeiten so gut wie unmöglich macht.

Ungar Oesterreich-Ungarn.

Neubildung des Kabinetts Weterle.

WTB. Budapest, 16. Jan. (Ungar. Korr.-Bur.) Nach Wittermeldungen dürfte sich in nächster Zeit eine Umbildung des Kabinetts Weterle vollziehen und zwar in einer Form, daß die Gesamtregierung ihr Rücktrittsgesuch überreicht und Weterle mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Der Ministerpräsident dürfte Donnerstag vor dem König in Audienz erscheinen und ihm Vorschläge unterbreiten.

Amerika.

Die amerikanische Dienstpflicht.

WTB. Washington, 15. Jan. (Neuer.) Auf Ersuchen des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärkommissärs des Senats, ein Gesetz im Senat ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderungen des Oberstaatsanwalts Generalis Crowder zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Arme einzustellen.

Die Deutschefrage in Uruguay.

Berlin, 16. Jan. Ueber die Frage der Deutschen in Uruguay schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Der mit der Vertreibung der deutschen Auswanderer in Uruguay beauftragten schweizerischen Gesandtschaft in Buenos Aires hat die Regierung der uruguayischen Republik in Montevideo auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die im vorigen Staatsgebiet lebenden Deutschen keinerlei Verpflichtungen zu befrachten haben, sich welchem Verhältnisse ihrer Person und ihres Eigentums verhalten beziehungsähnlichen Sichernheit erkennen, wie alle Einwohner des Landes. Sie hat hinzugefügt, daß die am verbleibenden Untersuchungsstellen beschäftigten deutschen Lehrer auf ihren Stellen in der Voraussetzung belassen würden, daß sie nicht durch ein den Landesbesitzern gegenüber bestehendes Verbot zu anderen Maßregeln Anlaß gäben.

Berschiedene Nachrichten.

Deutsche und feindliche Flugzeugverluste im Jahre 1917.

Einem Heberbild über die deutschen und feindlichen Flugzeugverluste im Jahre 1917 gibt die nachstehende Uebersicht:

Monat	deutsche	Flugzeuge		Ballone	
		von	zu	von	zu
Januar	27	7	54	—	—
Februar	46	9	55	1	3
März	20	4	24	1	—
April	33	8	91	1	—
Mai	88	7	45	—	—
Juni	152	9	161	13	6
Juli	66	8	45	10	—
August	350	12	362	29	—
September	76	6	82	4	1
Oktober	362	12	374	15	7
November	55	14	67	—	1
Dezember	201	43	244	6	—
Zusammen	167	38	205	8	14
	74	8	82	—	2
	101	18	119	7	2
Zusammen	638	97	735	28	6
	2431	216	2647	168	74

Der Beirat der Nationalstiftung.

Durch die neuerdings beschlossene Gesetzesänderung der unter der Schirmherrschaft Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen stehenden Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat sich die Stiftung durch Gründung eines Beirats ein Arbeitsorgan geschaffen, welches namentlich für den Ausbau der sozialen Hinterbliebenenfürsorge tätig werden soll, die Erweiterung in den Wirkungsbereich der Nationalstiftung aufgenommen ist. Dem Beirat gehören Mitglieder des Bundesrats, des Reichs-

tage sowie Persönlichkeiten der praktischen oder wissenschaftlichen Fürsorgearbeit an. Zwischen der Nationalstiftung und dem Haupt- und Arbeitsausschuß der Kriegswitwen- und Waisenfürsorge, Berlin, Mühlendammstr. 49, schweben Verhandlungen wegen einer späteren Übernahme des letzteren auf die Stiftung. Mit dem Reichsausschuß der Kriegesbeschädigtenfürsorge ist ein Abkommen getroffen worden, daß die bisher noch eiferner allein herausgegebene Zeitschrift ab 1. März 1918 gemeinsam erscheinen soll. Der Beirat der Nationalstiftung wird sich am 21. d. Mts. erstmalig versammeln und u. a. über die Frage einer Erwerbslosen-Fürsorge für Kriegserwitwen in der Übergangszeit nach Friedensschluß beraten. Die Geschäftsstelle des Präsidiums der Nationalstiftung befindet sich Berlin NW. 40, Alsenstraße 11.

Von ihren eigenen Landsleuten getötet oder verwundet.

Die Zahl der bei feindlichen Artillerie- oder Fliegerangriffen getöteten und verwundeten Einwohner der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien hat sich im November und Dezember 1917 wieder beträchtlich erhöht. Es wurden in diesem Zeitraum getötet 35 Männer, 45 Frauen und 27 Kinder und verletzt 27 Männer, 55 Frauen und 15 Kinder. Nach den Zusammenstellungen der „Gazette des Ardennes“ sind nunmehr seit Ende September 1915, also innerhalb der letzten 27 Monate, insgesamt 4023 friedliche französische und belgische Einwohner Opfer der Geschosse ihrer eigenen Landsleute oder der Verbündeten Frankreichs geworden.

Beschlagnahme von Mauersteinen etc.

WTB. Hannover, 15. Januar. Nach einer Bekanntmachung des Stellv. Generalkommandos vom 15. Januar 1918 werden sämtliche vorhandenen und neuereigene Mengen von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen und Dachziegeln aller Art (insbesondere gebrannte Tonsteine, Kalksandsteine, Schwemmsteine, Schlackensteine, Zementsteine) sowie Drainageröhren aus Ton beschlagnahmt, sofern sie sich im Besitz von Personen oder Betrieben befinden, die derartige Gegenstände erzeugen oder mit ihnen handeln. Nach der Beschlagnahme sind Verfügungen über die Gegenstände nur noch zulässig, sofern sie durch einen Freigabebescheid mit dem Stempel des Kriegsamts, Beamtenprüfstelle, gestattet sind, oder eine ordnungsmäßige Ausfuhrbescheinigung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vorliegt. Ohne besondere Genehmigung bleibt jedoch trotz der Beschlagnahme der Verkauf und Verbrauch von Mauersteinen sowie von Formsteinen bis zu 500 Stück, von Dachziegeln bis zu 1000 Stück, von Drainageröhren bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 5000 Stück in einem Kalendermonat für eine Baustelle gestattet. Der Vorrat in den oben bezeichneten Gegenständen ist außerdem von den Personen oder Betrieben, die sie erzeugen oder mit ihnen handeln, alle 2 Monate an die Kriegsamtsstelle zu melden, in deren Bereich die Gegenstände sich befinden. Die erste Meldung ist über den bei Beginn des im Februar 1918 vorhandenen Bestand bis zum 10. Februar 1918 zu erstatten. Vorgeordnete Meldebogen sind von der zuständigen Kriegsamtsstelle anzufordern. Auch eine Lagerbuchführung ist über die zu meldenden Gegenstände vorgeschrieben. Abbrüche können von der Kriegsstoffstelle in Hannover, Fundstraße 1 C, bezogen werden.

Deutsches Reich.

Die Berliner Presse zu den Besprechungen.

WTB. Berlin, 16. Jan. Zu dem Ausgang der letztigen Besprechungen, zu denen Hindenburg und Ludendorff hierhergekommen waren, erklärt die „Gemanina“, am weitesten übertraf zu sein. In der „Politik“, sagt sie, ist nichts beendlicher als das Schwanken, und Graf Hertling ist nichts weniger als ein Schwankendes. Der Reichsminister selbst, was er will und was für das Vaterland ertritt, ertritt er nicht. Er hat seine Meinung nicht erst von gestern auf heute gebildet und wird sie auch nicht von heute auf morgen wieder aufgeben, wenn nicht ganz neue Situationen ihn dazu zwingen. Die Frage der Grenzfragen aus freigelegten Gründen wird auch nicht erst in diesen Wochen gelöst werden sein, bis heute befindet sich, das unsere Reichsregierung ebenfalls wie die Kronen daran denken können, Deutschland's Kriegszustand durch Unbeständigkeit zu erschüttern. Der Grund der Aufregung lag in den Hoffnungen und Wünschen, die gewisse politische Kreise hegen und für die sie die Zeit für gekommen halten.

Das „Berl. Tagebl.“ stellt darauf an, daß gewisse Kreise mit ihrem missglückten Sturmlauf gegen Herrn B. sich immer eine allgemeine Krise herbeizuführen suchten und einem bestimmten Beirats die Wege zur Sanftmütigkeit zu ebenen hofften.

Die „Morgenpost“ sagt: Ohne jede Schärferkeit kann gesagt werden, daß in allen Fragen zwischen der militärischen und politischen Leitung Einigkeit herrscht. Man kann nur hoffen, daß auch der allgemein begünstigten Entspannung der

Nur kurze Zeit

Zirkus Althoff

Oldenburg,

Doodt's Etablissement.

Morgen, Freitag, 18. Januar, ab abends 8 Uhr,

Clown- und Komiker-Vorstellung.

Alles lacht! Alles lacht!

Sonabend, den 19. Januar, 2 Vorstellungen.

nachmittags 3 Uhr. Abends 8 Uhr.

Wegen Wichterparnis findet die Nachmittagsvorstellung 3 Uhr statt.

Sonntag, den 20. Januar, 2 Vorstellungen

4 und 8 Uhr.

Vorverkauf zu den Abendvorstellungen im Zigarrengeschäft Memeger.

Vorsitzender. Vechta, den 16. Januar 1918.

Bekanntmachung.

Die Stadtmagistrate u. Gemeindevorstände werden darauf hingewiesen, daß die Brotkarten für die Zeit vom 26. Januar bis 22. Februar 1918 beim Amt Vechta abgeholt werden können.

Rüdens.

Amtsvorstand. Vechta, den 16. Januar 1918.

Bekanntmachung.

Der von den Kaufschlichtungen (Selbstverporen) abzuliefernde Speck, sogen. Händenburgspeck, ist an den folgenden Tagen an den Schlachtermeister Wähler aus Vechta abzuliefern:

- aus der Gemeinde Vechta am Montag, dem 21. ds. Mts., von mittags 12 1/2 Uhr bis nachmittags 3 Uhr auf dem Bahnhof in Vechta.
- aus der Stadt- und Landgemeinde Lohne am Dienstag, dem 22. ds. Mts., von mittags 10 1/2 Uhr bis nachmittags 3 Uhr beim Schlachter Kirchhoff in Lohne.
- aus der Gemeinde Goldenstedt: am Mittwoch, dem 23. ds. Mts., von mittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr auf dem Bahnhof in Goldenstedt.
- aus der Gemeinde Bisbet am Donnerstag, dem 24. ds. Mts., von mittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr beim Wirt Karl Menning in Bisbet.

Das festgesetzte Quantum (Mikdenpfad) ist genau abzuliefern. Das Gewicht wird bei der Annahmestelle festgestellt. Wechselgeld ist mitzubringen.

Rüdens.

Am Sonnabend, dem 19. Januar, nachmittags 1 Uhr, läßt der Heuermann S. Wödemann zu Gastrop wegen Sterbefalles

1 Milchkuh, 1 4 Monate altes Kalb, 1 Milchziege, 30 Hühner, 2 Hähne, 2 Anrichten mit Glas, 1 Kleiderkranz, 1 Brotschrank, 3 Tische, 1 Dugend Stühle, 1 Kochmaschine, 1 Mantelkessel, 2 Hfen, 1 Schiebkarre, 1 Handwagen, ein Quantum Kohl, Runkeln und Stedrüben, 1000 Pfd. Heu, 2-3000 Pfd. Stroh, verschiedene Töpfe, Pfannen, Forken und Spaten und was sich sonst noch im Haushalt vorfindet;

1 Torfstall und 1 Schweinestall zum Abbruch öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Goldenstedt. D. Scheele.

Makulatur-Papier zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vechtaer Tafelkalender auf das Jahr 1918 noch vorräig.

Preis unaufgezogen 20 Pfennig.

Vechtaer Druckerei u. Verlag, Vechta.

Verammlung des Volksvereins

am Sonntag, dem 20. Januar 1918, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Wirtes Droste zu Damme.

Tagesordnung:

1. Rede des Kapuzinerpaters Dr. Christophorus Schulte: Dem Frieden entgegen.
2. Stellungnahme der Versammlung zu den Schlußanträgen der Liberalen im Oldenburger Landtage.

Alle kathol. Männer, sowie auch Frauen, sind zu dieser wichtigen Versammlung dringend eingeladen.

Der Ortsgeschäftsführer.

Kriegs-Atlas

mit gutem Kartenmaterial von sämtlichen Kriegsschauplätzen, ist wieder vorräig

Vechtaer Druckerei und Verlag G. m. b. H., Vechta.

Holz-Verkauf zu Westerluten.

Am Montag, dem 21. Januar 1918, mittags 12 Uhr beginnend, läßt Keller Clemens Frilling zu Nordbüll in Hülftsch am Freesenholze

150 Nummern dickes Brennholz, 20 Nummern Eichen-Nußsäbhe, 100 Nummern Erlen und Birken, für Holzschuhmacher, 80 Nummern Fuhrer, zu Balken, Scharen und Laten, 20 Stämme Eichen auf d. Stamm, zu Nuß- und Lohholz,

öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Das Holz ist gefällt und liegt in der Nähe der Chaussee Luten-Langförden an gutem Abfuhrwege. Nach dem Verkauf findet die

Verpachtung einer 30 Scheffelsaat großen Wiese statt. Kauf- und Pachtlustige ladet ein

Vechta. W. Menke.

Kommunion-Anzüge, blau und farbig, nur gute Qualitäten.

Stoffe, reinwollener Cheviot, blau und schwarz.

M. Schulmann, 28 Achterstr. Oldenburg, Achterstr. 38

Ein nachstehend en großer Beschäftigt findet zum 1. Mai d. S. ein

Lehrling Mädchen für guten Schullehrerinnen möglichst Berechtigungschein, Stellung. Helms, Ostermüller, Drogen, Material und Farben en groß, Quantenbräu.

Suche zum 1. Mai ein tüchtiges in Küche und Hausarbeit erfahrene Mädchen gegen hohen Lohn. Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gesucht zu Mai dieses Jahres ein nicht zu junges Mädchen für Haus und Garten. Selbstige muß auch melken können, da eine Kuh vorhanden ist.

Frau Kaufmann P. H. Ferkmann, Vechta.

Gesucht zum 1. Mai ein tüchtiges, kathol. Mädchen für Haus- u. etwas Landarbeit gegen guten Lohn. Selbstige hat eine Kuh und 2-3 Schweine mit zu verkaufen. Nachfragen bei Frau Aug. Saadmann, Vechta.

Kaninchen, Enten, Hähne, frisch geschossene Krähen, Elstern tauf zu hohen Preisen Franz Suerdieck, Vechta.

Spirituosen

(auch Restposten). Preise sind inkl. Glas und Verpackung frei Bahnstation zu stellen. Angebote mit Alkoholgehalt unter Sp. 100 an die Expedition d. Bl.

Unterzeichneter hat noch 50 Haufen Brennholz zu verkaufen.

Gutsbesitzer Ellerhorst, Barzel bei Vechta.

Reifigbelen.

August Coors, Vechta.

Landw. Verein zu Dinlage.

Versammlung am Sonntag, dem 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokale in Dinlage.

Tagesordnung:

1. Mitteilung der Eingänge.
2. Anbau von Mohrrüben, Frühkartoffeln und Gemüse und Abschluß von Anbauverträgen mit der Marineverwaltung.
- Referent: Dehonomierat Lohaus.
3. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Drucksachen aller Art

für Handel und den Privatbedarf liefert in sauberster Ausführung zu billigen Preisen

Vechtaer Druckerei und Verlag

Feldpost-Karten

zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Todes-Anzeige.

Heute morgen entschlief sanft im Herrn infolge Altersschwäche unsere gute, treue, sorgende Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, die

Sodalin

Minna Westerhoff in Bühren,

öfters gestärkt durch den Empfang der heil. Sakramente, im 71. Lebensjahre. Ihre Seele wird der frommen Fürbitte empfohlen.

Die trauernden Angehörigen.

Bühren bei Schneiderberg, Bremen, den 16. Januar 1918.

Beerdigung in Bühren am Samstag, dem 19. Januar, morgens 10 Uhr.

Jungfrauen-Sodalität Bühren.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unserer lieben Waischwester

Minna Westerhoff versammelt sich die Mitglieder um 10 Uhr in der Kirche. Medaillen sind anzulegen.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen starb gestern abend 6 1/2 Uhr nach kurzer, heftiger Krankheit, unsere innigstgeliebte, treue, sorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Mw. Kolona Többe geb. Ljette Meyer-Holzgräbe.

Sie starb im Alter von 75 Jahren, wohl vorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente.

Handorf bei Holdorf i. O., 15. Jan. 1918.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 19. Januar, morgens 9 1/2 Uhr in Holdorf.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 2 1/4 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante, die

Mw. Koors geb. Rablenbed

im 67. Lebensjahre.

Dieses bringen allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene

August Vorches und Frau geb. Koors, S. Koors und Frau geb. Heuermann, S. Heuermann und Frau geb. Koors, Wilhelmine Koors, S. Hüte und Frau geb. Koors, A. Koors und Frau geb. Schwarte.

Schneiderberg, Bremen, Appstadt, Nöninga bei Garburg a. d. Elbe und westlicher Kriegsschauplatz, den 16. Januar 1918.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 22. Januar, morgens 10 Uhr in Bühren.

Nachruf.

Am Freitag, dem 11. d. M., verstarb der

Schneidermeister Anton Beil.

Der Schneider-Gattung und der Viezeungs- und Einkaufsgenossenschaft Vechta gehörte der Verstorbene seit der Gründung als Vorstandsmitglied an. Beide Vereinigungen verlieren in demselben ein allseitig beliebtes Vorstandsmitglied. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Schneider-Gattung und Viezeungs- und Einkaufsgenossenschaft Vechta.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzpenden bei dem Verluste unseres heiliggeliebten kleinen August sagen wir Allen unseren innigsten Dank.

Familie Maade, Vechta.